

Budapest, 21. Oktober.

Die Antwort Wilsons auf den Friedensvorschlag unserer Monarchie rechtfertigt in keiner Weise die lange Spanne Zeit, die man in Washington für ihre Abfassung und Absendung in Anspruch genommen hat. Nahe mag die Annahme liegen, Wilson, von unserem Friedensvorschlag beim Worte genommen, habe nicht leicht eine Ausflucht gefunden, um dem eigenen Worte zu entschlüpfen. Der Präsident der Vereinigten Staaten, der in seinen vierzehn Punkten für die Nationalitäten in Ungarn und Oesterreich bloß „die freieste Möglichkeit zur autonomen Entwicklung“ gefordert hatte, ist durch unsere feierlich verkündete Bereitwilligkeit, diesen Wunsch zu erfüllen, vor ein Dilemma gestellt worden: entweder seinem Worte treu zu bleiben ohne Rücksicht auf die Folgen, die dies auf die Haltung der assoziierten Regierungen haben würde, oder aber wortbrüchig an sich selbst zu werden, und diesen Abfall von den eigenen Prinzipien, so peinlich es auch sei, vor aller Welt Augen zu vollziehen. Präsident Wilson hat das letztere gewählt. Und zwar hat er es, das muß man schon sagen: mit einer wenigstens nach europäischen Begriffen verblüffenden Ungenauigkeit getan. Die Antwortnote erflärt, der Präsident könne sich mit unserem Vorschlag überhaupt nicht befassen, weil nämlich die Anerkennung des tschecho-slowakischen Nationalrates als einer de facto kriegführenden Regierung durch die Vereinigten Staaten erfolgt ist und weil ferner die Regierung der Vereinigten Staaten auch die Gerechtigkeit der jugoslawischen Aspirationen inzwischen anerkannt habe. Wie man sieht, macht sich Präsident Wilson die Sache sehr leicht. Zuerst verpfändet er sein Wort ohne jede Einschränkung, dann schafft er eine Tatsache, die als Vorwand zur Abschwenkung vom eigenen Worte herhalten soll, und schließlich läßt er mit Berufung auf die selbstgeschaffene Tatsache das eigene verpfändete Wort im Stich. Präsident Wilson will also sich nicht mehr mit dem Ausmaß der Autonomie für die Nationalitäten Ungarns und Oesterreichs befassen, auch lehnt er es ab, die Sache dieser Nationalitäten weiter zu führen, vielmehr sollen diese selbst „Richter darüber sein“, was für sie von ungarischer und österreichischer Seite geleistet werden soll, um sie zu befriedigen. Herr Wilson mutet uns nichts Geringeres zu, als die Demütigung, uns von den tschechischen und jugoslawischen Führern vorschreiben zu lassen, welchen Teil des ungarischen Staatsgebietes wir an sie abzugeben haben.

Wilson's Antwort schafft unleugbar eine schwierige Lage, für Ungarn nicht minder als für den zukünftigen österreichischen Bundesstaat. Was die Jugoslawen betrifft, so liegt ja seit gestern das Manifest des südslawischen Nationalrates vor, das — offenbar in Kenntnis von Wilson's Stellungnahme — als ein Akt offener Auflehnung gegen die feierlichen Verträge und Staatsgrundgesetze sich darstellt, auf denen die ungarisch-kroatische Staatsgemeinschaft beruht. Die Südslawen erklären aber auch, die Grenzen ihres nationalen Selbstbestimmungsrechtes selbst durch das Manifest des Kaisers von Oesterreich nicht ziehen zu lassen, die Unversehrtheit des Gebiets der Stefanskrone nicht zu respektieren, vielmehr einen „einheitlichen selbständigen südslawischen Nationalstaat aus allen Territorien, wo Slowenen, Kroaten und Serben wohnen, zu bilden, ohne Rücksicht auf staatliche oder provinzielle Grenzen“. Was auf der anderen Seite der tschecho-slowakische Nationalrat für territoriale Ansprüche an Ungarn stellt, braucht ja nicht weiter nachgewiesen zu werden. Beiseidener sind diese Ansprüche durch die Art und Weise, wie Wilson sich mit ihnen identifiziert, sicherlich nicht geworden.

Wenn Herr Wilson erwartet hat, daß die Tschechen und die Jugoslawen, als deren Gönner er sich aufwirft, den wenigstens formell einwandfreien Weg einschlagen werden, im Sinne seiner Worte die Auseinandersetzung mit ihrer bisherigen Staatsobrigkeit anzustreben, so wird es sogar ihn befremden, nunmehr zu erfahren, daß sowohl seine tschechischen wie seine jugoslawischen Schützlinge in selbstherrlicher Energie vollendete Tatsachen schaffen zu können glauben, mit denen Ungarn schon jetzt, der Friedenskongreß später sich wird abfinden müssen. So hat gleich dem südslawischen Nationalrat gestern auch der tschechische eine Kundgebung erlassen, nach der das tschechische Volk keine andere Lösung der böhmischen Frage zuläßt, „als die absolute staatliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit des tschecho-slowakischen Vaterlandes“. Die Gaukelei, die in diesem Schriftstück mit dem Begriff der tschecho-slowakischen Nation getrieben wird, soll hier an einem lehrreichen Beispiel illustriert werden. Der Nationalrat beteuert die Einheit der tschecho-slowakischen Nation, äußert aber höchst verdächtige Bedenken gegen ein Ablehnen, durch das der unverfälschte Volkswille der ungarländischen Slowaken erst zum Aus-

druck gebracht werden sollte. Bezeichnenderweise spricht das Schriftstück an anderer Stelle davon, daß das tschechische Volk „die slowakische Sprache ebenso wie seine eigene Muttersprache liebt“ und daß es „den slowakischen Brüdern alle ihre Eigenart und alles, was sie zur Entwicklung bedürfen, sichern wird“. Für Herrn Wilson wird diese amtliche Kundgebung der tschechischen Volksführer eine belehrsame Lektüre sein; er wird daraus ersehen, daß die Slowaken ihre eigene Sprache nicht von den Ungarn, sondern von den Tschechen bedroht erachten, wie ja der tschechische Nationalrat den slowakischen Brüdern auch mit allem Nachdruck die Beruhigung zu erteilen sich bemüht, daß ihre Eigenart nicht geschmälert werden soll und die Mittel ihrer kulturellen Entwicklung ihnen im tschecho-slowakischen Nationalstaat zur Verfügung stehen sollen. Die Slowaken, die ihre Eigenart innerhalb des ungarischen Staates immer frei pflegen und behalten konnten, wollen eben Slowaken bleiben, nicht vom Tschechentum aufgefressen werden.

Wie dem auch sei, Wilson's Antwort will wohl erwogen sein. Schweres wird darin der staatlichen Würde Ungarns und dem berechtigten Selbstgefühl der ungarischen Nation zugemutet. Nicht mit heißem Kopf, nicht mit aufwallenden Gefühlen soll bei uns darüber entschieden werden. Ueber eines freilich dürfen wir die Welt nicht im Zweifel lassen: wer Ungarn verstümmeln und seine nationale Ehre antasten will, wird es mit der geschlossenen Abwehrkraft aller Parteien, dem einmütigen Widerstande der gesamten ungarischen Nation zu tun haben.

Die Auffassung in Wien.

Aus Wien wird uns telegraphiert:

Die österreichisch-ungarische Regierung hat auf ihre Ansuchen um Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen vom Präsidenten Wilson eine Antwort erhalten, die keine Antwort ist. Es hätte keiner Sinn, sich dies zu verhehlen und darüber hinwegsehen zu wollen, daß durch die amerikanische Note ein Fortschritt in der Friedensfrage leider nicht erzielt ist. Durch sie wird für uns die Politik des Präsidenten der Vereinigten Staaten nicht durchsichtiger, sie gibt uns vielmehr ein neues Rätsel auf, über dessen Lösung zu unserem tiefsten Bedauern eine für die Förderung des Friedens so kostbare und dringend notwendige Zeit verloren gehen muß. Statt mit uns über die Bedingungen eines Waffenstillstandes und die Grundzüge eines künftigen Friedens zu sprechen, entwickelt Präsident Wilson in seiner Antwortnote seine gewiß sehr interessante Auffassung über die innerpolitischen Probleme, die heute in der Monarchie auf der Tagesordnung stehen. Diese Auffassung, das gibt Präsident Wilson selbst zu, ist nicht mehr die gleiche, die er noch vor einigen Monaten gehabt und in einem seiner berühmten vierzehn Punkte festgelegt hat. Die Politik Wilson's ist darüber hinaus, in einem System autonomer Regelungen die richtige Lösung jener Probleme zu sehen, was der heutige amerikanische Standpunkt deutet, ohne daß es in der Antwort gerade herausgesagt wird, auf radikalere Lösungen hin. Diese Lösungen werden, wie erwähnt, vom Präsidenten Wilson in seiner Note nicht direkt, weder nach ihrem Inhalt noch nach ihrem Umfang bezeichnet. Seine Antwort enthält vielmehr lediglich eine Forderung oder Anregung bezüglich der Arbeitsmethode, mittels deren man nach seiner Meinung den Lösungen näherzukommen versuchen muß. Und zwar besteht — so wird hier wenigstens die amerikanische Note verstanden — diese Arbeitsmethode darin, daß die heute für die Behandlung jener Probleme verfassungsmäßig berufenen Faktoren innerhalb der Monarchie Verhandlungen mit den Vertretern des tschecho-slowakischen Volkes zu eröffnen hätten.

Nun ist es selbstverständlich, daß solche Verhandlungen werden stattfinden müssen. Sowohl die Regierung Oesterreichs wie die Regierung Ungarns haben ja bereits erklärt, daß sie den berechtigten Wünschen der Nationalitäten auf ungehemmte nationale Entwicklung entgegenkommen wollen. Ein Gegensatz zwischen dieser Auffassung und jener des Präsidenten Wilson besteht also nur insofern, als der Präsident als autorisierte Vertretung der Tschechen und Slowaken, mit denen die Faktoren der Monarchie zu verhandeln hätten, den derzeit in Paris konstituierten tschecho-slowakischen Nationalrat ansieht, während man es hier für allein zulässig und natürlich findet, mit den Tschechen in Oesterreich und mit den ungarischen Slowaken unmittelbar über ihre Wünsche zu sprechen. Das dies, soweit es sich heute erkennen läßt, auch die Meinung der österreichischen Tschechen selbst ist, geht aus dem Beschlusse des Narodni Wybor vom 19. d. M. hervor, der sich selbst ausdrücklich als einzige kompetente innerpolitische Zweckervertretung des tschechischen Standpunktes bezeichnet.

Der weitere Weg, den man angesichts der Wilson'schen Einzugschlagen haben wird, ergibt sich aus dem Ge-